

Windkraftdebatte legt Regionalplan vorerst auf Eis

Landesentwicklung Ministerin Lemke scheitert mit Forderung nach schneller Umsetzung – Gremium will rechtlich sicheres Ergebnis. Von unserem Redakteur Volker Boch

Koblenz. Der Raumordnungsplan für die Region Mittelrhein-Westerwald liegt erst einmal auf Eis. Am Dienstag hat die Planungsgemeinschaft einer Richtlinie ihre Zustimmung erteilt, die eine Herausnahme von Windkraft-Vorrangflächen aus der weiteren Planung prüft, bevor das Verfahren zum Abschluss gebracht wird. Damit ist das von Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) vor dem Plenum dargelegte Ziel einer möglichst raschen Umsetzung des Plans gescheitert.

Im Soldatenfreizeitheim auf der Horchheimer Höhe in Koblenz entwickelte sich eine historische Sitzung des Gremiums, das als eine von vier regionalen Gemeinschaften im Land die Landesplanung mitverantwortet. „Es ist erstmalig in meiner Amtszeit, dass eine Ministerin bei uns ist“, sagte der Vorsitzende der Planungsgemeinschaft, Michael Lieber (CDU). Der Altenkirchener Landrat gehört seit vielen Jahren der Gemeinschaft an und erlebte auch hinsichtlich des Besucherzuspruchs eine Premiere. Gerade aus dem Hunsrück waren zahlreiche Zaungäste angereist, die Lemke mit Plakaten, Ansprachen und Trillerpfeifen begrüßten. Zudem wurden Lieber fast 10 000 Postkarten überreicht. Diese waren von einer Bürgerinitiative unter dem Motto „Es reicht“ als Aktion gegen den weiteren Windkraftausbau auf den Weg gebracht worden.

Sachorientierte Diskussion

So klar das Signal aus dem Publikum war, dass der Windkraftausbau zumindest regional an seine Grenzen gestoßen ist, so gut tat Lieber daran, die Zuhörer auf die Spielregeln hinzuweisen. „Unsere Sitzungen sind geprägt von Arbeitsatmosphäre und Sachlichkeit“, sagte er. Entsprechend inhaltsorientiert lief die Debatte ab.

Der Geschäftsführer der Planungsgemeinschaft, Martin Kittelberger, skizzierte, dass 460 teils umfangreiche Stellungnahmen zum Entwurf des Regionalplans eingegangen sind. Insbesondere Einwände zu den Themen Artenschutz, Landschaftsbild oder auch die Schutzinteressen des Unesco-Welterbes Oberes Mittelrheintal seien hinsichtlich der Windkraft dargelegt worden. Auf der Basis dieser Stellungnahmen und auch aufgrund eines Antrags des neuen Rhein-Hunsrück-Landrates Marlon Bröhr (CDU) hatten eine Lenkungsgruppe der Planungsgemeinschaft und der Vorstand beraten, wie weiter verfahren werden kann. Bröhrs Antrag zielte darauf ab, dass in den Regionen, in denen das Landesziel, 2 Prozent der Fläche für Windkraft bereitzustellen, erfüllt sei, keine weiteren Flächen ausgewiesen werden.

Lemke sprach sich vor dem Plenum dafür aus, dass die Gemeinschaft diese Frage zurückstellen und dennoch den restlichen Plan zeitnah verabschieden könne. Die Planungsgemeinschaft entschied sich anders und möchte vor der Verabschiedung alle offenen Punkte klären. „In dieser Frage geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit“, sagte Lieber. Unter anderem hatten im bisherigen Verfahren für „eine Reihe von Flächen“ noch maßgebliche Gutachten gefehlt.

„So große und wichtige Entscheidungen bedürfen es, dass die Landespolitik mit der kommunalpolitischen Familie in den Dialog tritt“, sagte Lemke, die erklärte, dass „die Bürger nach Planungssicherheit verlangen“ und damit für die Rückstellung des Streitthemas Windkraft warb. „Sie können den Restplan beschließen, wir können ihn genehmigen“, erklärte die Ministerin, die darauf hinwies, dass es nach sechs Jahren ohne einen Regionalplan einen solchen geben sollte. Zum Thema Windkraftplanung sei darüber hinaus „bereits 20 Jahre lang keine Entscheidung gefällt worden“. Im Regionalplan gehe es aber um vielfältige Themen der Regionalentwicklung.

Tribut an betroffene Regionen

Offen zeigte sich die Ministerin für die Diskussion, die in stark beplanten Windkraftgebieten entstanden ist. „Wer seinen Beitrag geleistet hat, soll nicht über Gebühr belastet werden“, erklärte Lemke. Sie plädierte dafür, mehreren Hunsrück-Verbandsgemeinden und der Verbandsgemeinde Kaisersesch (Kreis Cochem-Zell), bei denen trotz eines hohen Grads an Windkraftausbau neue Vorrangflächen im Planentwurf stehen, die Möglichkeit zu geben, dies zu ändern.

Rh.-Lahn-Ztg. Diez vom Mittwoch, 22. Juli 2015, Seite 7



Bereit zum Dialog: Ministerin Eveline Lemke und SGD-Nord-Präsident Ulrich Kleemann stellten sich bei der Koblenzer Tagung auch Protesten. Foto: Dupuis